



Das Recht auf Gesundheit: Von Abschaffung bedroht

Die Weltgemeinschaft stellt derzeit elementare Menschenrechte infrage – darunter auch das Recht auf Gesundheit. Hart erkämpfte Fortschritte drohen dadurch zunichtegemacht zu werden.

Menschenrechte sind keine abstrakten Paragraphen, sondern die Antwort auf unermessliches Leid. Sie entstanden nach den Weltkriegen, um die Würde jedes Einzelnen vor staatlicher Willkür zu schützen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 ist ein weltweites Bekenntnis: Jedes Leben zählt, Freiheit, Sicherheit und Schutz stehen allen zu.

In diesem Bekenntnis haben die Staaten auch das Recht auf Gesundheit festgeschrieben, welches unter anderem 1966 im UN-Sozialpakt bekräftigt wurde. Das Recht auf Gesundheit bedeutet: Jede Person hat Anspruch auf das bestmögliche Mass an körperlicher und seelischer Gesundheit, das für sie erreichbar ist. Es soll den diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung und die Möglichkeit eines gesunden Lebensumfelds sicherstellen.

Konkrete Fortschritte

Auch wenn das Recht auf Gesundheit längst nicht für alle Menschen Realität ist, hat es in den vergangenen Jahrzehnten viele Fortschritte ermöglicht. Impfprogramme wurden ausgeweitet, Krankheiten wie Aids eingedämmt, die Überlebenschancen von Müttern und Kindern deutlich verbessert und sexuelle sowie reproduktive Rechte gestärkt. Viele dieser Erfolge wären ohne den menschen-

rechtlichen Rahmen nicht in diesem Umfang finanziert und umgesetzt worden.

Wir beobachten mit Sorge, wie diese Errungenschaften zunehmend bedroht sind: Die aktuelle politische Weltlage ist von Krieg und Krisen geprägt. Führende Politiker und Politikerinnen stellen elementare Menschenrechte infrage. Kürzungen in der internationalen Zusammenarbeit, diskriminierende Gesetzgebungen und Angriffe auf – völkerrechtlich geschütztes – medizinisches Personal zeigen, wie fragil das Recht auf Gesundheit ist.

Frage des politischen Willens

Die Geschichte hat uns gelehrt: Wenn Rechte ins Wanken geraten, trifft es zuerst Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen. Es braucht daher entschlossenes Handeln – durch praktische Arbeit zur Stärkung der Gesundheit und der Rechte von Mädchen und Frauen, durch politisches Engagement und systemische Veränderungen. Denn viele der jetzigen Krisen sind menschengemacht. Ihre Lösung liegt in der Verantwortung und im Willen der politischen Entscheidungstragenden – und der Gesellschaft insgesamt.

BILD Hebamme mit Neugeborenem am St.-Luke-Spital in Äthiopien.



Alarmierende Fakten

Fachpersonen sprechen von einer drohenden globalen Gesundheitskrise. Die folgenden Zahlen rütteln auf.

Der **US-Austritt** aus der Welt-gesundheitsorganisation **WHO** hat Folgen für die ganze Welt. Fachleute warnen davor, dass sich etwa Infektionskrankheiten künftig rascher ausbreiten. Sie sorgen sich nicht nur um die grosse Finanzierungslücke – die USA waren der grösste Beitragszahler –, sondern auch um den **Verlust des «Geistes der Vereinigten Staaten»**.

Quelle: Swissinfo

2024 haben die weltweiten **Militärausgaben** mit über **2,7 Billionen US-Dollar** einen neuen Höchstwert erreicht. Die Kosten der öffentlichen **Entwicklungszusammenarbeit** aller Staaten zusammen betrug mit **212 Milliarden US-Dollar** im Jahr 2024 nicht einmal einen **Zehntel des globalen Rüstungsbudgets**.

Quellen: SIPRI, OECD, IISD

Im Dienst von Frauen und Kindern:
Hebamme Saboura Khamis aus dem Gesundheitszentrum Awguine im Tschad.



2024 sind so **viele Ärztinnen, Pfleger und Sanitäter bei ihrer lebensrettenden Arbeit ums Leben gekommen** wie in keinem anderen Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Quelle: Medicus Mundi Schweiz

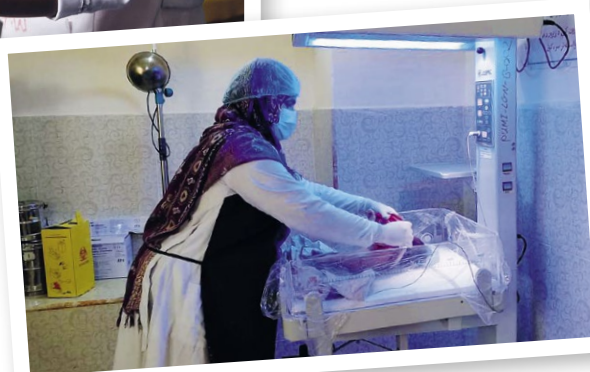
Nur dank Investitionen möglich: Junge Frauen aus einkommensschwachen Verhältnissen bilden sich am LAMB-Trainingsinstitut in Bangladesch zur Hebamme aus.





Ihre Arbeit ist unverzichtbar: Gesundheitsfachfrauen untersuchen eine schwangere Frau am Attat-Spital in Äthiopien.

Unten: Infrastruktur und Gesundheitspersonal, die Leben retten: Eine Hebamme betreut ein Neugeborenes an einem Wärmebettchen in Laghman, Afghanistan.



Donald Trump hat über **80 Prozent der US-Entwicklungshilfe gestrichen – ein Viertel der weltweiten Entwicklungsfinanzierung**. Eine Studie prognostiziert dadurch bis 2030 **bis zu 14 Millionen vermeidbare Todesfälle**, darunter 4,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren.

Quelle: The Lancet

Das **Schweizer Parlament** entschied Ende 2024, das **Budget für die Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2025 um 110 Millionen Franken zu kürzen**. Weitere Kürzungen sind zu erwarten. Eine Umfrage von Alliance Sud hat ergeben, dass **aufgrund der beschlossenen Kürzungen über 600 000 Menschen nicht mehr erreicht werden können**.

Quelle: Schweizerische Bundesverwaltung / Alliance Sud

Die weltweiten Kürzungen haben drastische Auswirkungen auf die Menschen. **In Afghanistan etwa mussten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres über 420 Gesundheitszentren schliessen**, bis Ende Jahr werden nochmals hunderte dazukommen. **Mehrere Millionen Menschen – vor allem Frauen und Mädchen – haben bereits heute keinen Zugang mehr zu grundlegender Versorgung**.

Quelle: OCHA



In guten Händen – aber wie lange noch? Eine Mutter mit Neugeborenem am St.-Luke-Spital in Äthiopien.

Die globale Entwicklung im Bereich Gesundheit befindet sich gegenwärtig in einer kritischen Phase des Rückschritts. Insbesondere die Entscheidung der USA, sich aus zentralen Institutionen zurückzuziehen und Entwicklungsinitiativen stark zu kürzen, setzt eine Kaskade

gesundheitlicher, gesellschaftlicher und geopolitischer Risiken in Gang.

Ohne ein Umdenken drohen Rückschritte in Bereichen, die früher als Meilensteine der globalen Gesundheit galten.

Die aktuellen Entwicklungen sind beispiellos

Die Umbrüche in der weltweiten Gesundheitspolitik haben auch Einfluss auf unsere Arbeit. Muriel Weyermann, unsere Leiterin Internationale Zusammenarbeit, gibt Einblick.

Muriel, du arbeitest seit über 15 Jahren in der internationalen Zusammenarbeit. Wie beurteilst du die aktuellen Entwicklungen?

Die Entwicklungen sind beispiellos. Während die 1990er und 2000er stark von Friedensbemühungen geprägt waren, erleben wir seit Mitte der 2010er – und beschleunigt seit 2022 – eine klare Rückkehr zu klassischen Militärlogiken mit massiven Aufstockungen der Verteidigungshaushalte auf Kosten von Friedensmissionen, Demokratisierungsförderung und Entwicklungszusammenarbeit. Dies hat einen grundlegenden Wandel im Sektor zur Folge.



Muriel Weyermann, Leiterin Internationale Zusammenarbeit

Wie beeinflussen die derzeitigen Kürzungen die Arbeit von Women's Hope?

Die Verunsicherung ist gross, bei allen Organisationen in unserer Branche. Dank der breit abgestützten Finanzierung – und insbesondere auch dank der tragenden Rolle unserer treuen Spenderinnen und Spender – können wir bei Women's Hope bisher all unsere Projekte fortsetzen; doch unsere lokalen Partner sind teilweise abhängig von internationalen Geldgebern, die ihre Budgets massiv gekürzt haben. In Äthiopien etwa musste unser Partner OWDA bereits Personal entlassen, weitere Entlassungen sind absehbar. Dadurch werden ganze Strukturen zerstört, Wissen geht verloren – und vor allem erhalten Menschen nicht mehr jene Unterstützung, die sie benötigen.

Was gibt dir Hoffnung?

Es ist im Moment nicht einfach, optimistisch zu bleiben. Doch wir müssen uns vor Augen halten: Die grössten gegenwärtigen Krisen – etwa im Sudan, in Gaza und in der Ukraine – sind von Menschen verursacht. Es handelt sich hier nicht um Naturkatastrophen, denen wir hilflos ausgesetzt sind. Menschen haben diese Katastrophen geschaffen – also können sie sie auch stoppen.

«Wir erleben eine klare Rückkehr zu klassischen Militärlogiken mit massiven Aufstockungen der Verteidigungshaushalte auf Kosten von Friedensmissionen, Demokratisierungsförderung und Entwicklungszusammenarbeit.»

Muriel Weyermann